Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.10.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesenheit:

Herr Brunnet, Joachim - CDU
Herr Büchner, Thorsten - SPD
Frau Busch, Johanna - B90/Die Grünen
Herr Dehmel, Dominic - SPD
Herr Klee, Sascha - Piraten
Herr Köster-Sollwedel, Henning - Marburger Linke
Frau Lotz-Halilovic, Erika - SPD
Herr Dr. Musket, Ralf - SPD
Frau Schaffner, Karin - CDU
Herr Dr. Uchtmann, Hermann - MBL
Herr Volz, Uwe - B90/Die Grünen — in Vertretung von Frau Dr. Baumann
Herr Dr. Wiegand, Horst - SPD
Herr Wüst, Wilfried - FDP

Anwesend waren

vom Magistrat:	Herr Oberbürgermeister Vaupel
von der Verwaltung:	Herr Kulle – Stadtplanung Herr Nützel – Stadtplanung Herr Friedrich – Geschäftsstelle des Ausschusses
Gäste	Herr Haberle – AG Nachhaltige Stadtentwicklung Frau de la Motte – AG Verkehr Herr Weiß Herr Althaus sowie 6 weitere Gäste und 1 Vertreterin der Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Frist der Einladung erheben sich keine Bedenken.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.09.2011
Die Niederschrift wird einstimmig angenommen.

TOP 2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21
AG nachhaltige Stadtentwicklung

Der Sprecher der AG, Herr Haberle, lädt zu der nächsten öffentlichen Diskussion zum Thema „Lärm“ auf Schienen und B3A ein, die wie folgt stattfinden soll:

03.11.2011, um 19 Uhr, Stadtverordnetensitzungssaal.

AG Verkehr
Die Sprecherin, Frau de la Motte, führt aus, die AG habe sich am 4.10.2011 mit der Fachbereichsleiterin Frau Linda – zuständig auch für die Straßenverkehrsbehörde – getroffen und offene Fragen diskutiert. Die Diskussion befasste sich u.a. mit Tempo 30, mit dem Dauerthema Schulwegesicherheit und „feindliches“ Grün. Frau Linda wurde gebeten noch einmal zu prüfen, ob ein „Rundumgrün“ wie an der Gutenbergstraße auch an der Leopold-Lucas-Str. eingerichtet werden kann, da beide T-Kreuzungen sind. Die Abbiegemöglichkeit des Motorisierten-Individual-Verkehrs sei ein hohes Gefährdungspotential für Radfahrer und Fußgänger. Sie weist auf einen Artikel in der „Marburger Schulzeitung“ zur Situation um die Brüder-Grimm-Schule hin. Hier sehe die AG weiteren Handlungsbedarf. Die AG treffe sich am 24.11.2011 um 18 Uhr in Raum 2 des wieder. Der Ort wird noch bekanntgegeben.

TOP 3 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg;
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 8/29 für den Bereich "Klinik Sonnenblick"
Vorlage: VO/0551/2011
Oberbürgermeister Vaupel begründet die Vorlage.

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel erklärt, er werde gegen die Vorlage stimmen, da „studentisches Wohnen“ ausdrücklich ausgeschlossen sei. Gerade bezahlbarer Wohnraum für Studenten sei aber für Marburg ein wesentliches Thema.

Die Vorsitzende des Ausschusses erinnert an die Übereinkunft, dass im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Fragen behandelt werden sollen, die dem Ausschuss thematisch zuzuordnen seien. Die Frage des „studentischen Wohnens“ sei wichtig, solle aber bei der Gesamtdiskussion der Vorlage im Bau- und Planungsausschuss beraten werden.

Oberbürgermeister Vaupel führt zur Sache aus, die aktuellen Zahlen erfreuen ihn: er habe bei dem aktuellen Ansturm auf die Universität mit einer hohen Anzahl von Wohnungssuchenden gerechnet. Das Studentenwerk habe bislang „nur“ 31 „Notschlafplätze“ einrichten müssen.

Der Stadtverordnete Volz regt an, dass die umfangreichen Planunterlagen auch digital der Allgemeinheit und für die Diskussion in den Ausschüssen bereitgestellt werden. Eine Möglichkeit bestehe beispielweise auf der Internetseite der Stadt Marburg in dem Auftritt des Fachbereiches „Bauen, Planen, Umwelt“. Die Stadt Kirchhain habe dies realisiert – der Vorteil: auch zurückliegende Planunterlagen und öffentliche Auslagen könnten eingesehen und so nachvollzogen werden.

Die Vorlage wird mit 9 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MBL,

CDU) bei einer Nein-Stimme (Marburger Linke) zur Annahme empfohlen.

TOP 4 Bauleitplanung der Stadt Marburg;
Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan Nr. 26/7 „Neubaugebiet Michelbach-Nord“, 2. Änderung
Vorlage: VO/0555/2011

Die Vorlage wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 5 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Am Engelsberg im Stadtteil Marbach
Vorlage: VO/0567/2011
Oberbürgermeister Vaupel und Reinhold Kulle (Stadtplanung) erläutern die Vorlage. Nachfragen beziehen sich auf den Denkmalschutz und die Beteiligung des Denkmalbeirates.

Die Vorlage wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 6 Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion betr. Projekt "Sozialer Klimaschutz" Richtsberg
Vorlage: VO/0307/2011
Die Vorsitzende führt aus, der Antrag sei bereits im August 2011 Gegenstand der Beratungen im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr gewesen, sei damals aber vertagt worden, um das Votum des Ortsbeirates einzuholen. Dieses liege nun als Mail der Geschäftstelle vor (formales Protokoll wird noch erstellt) und wird verteilt:

Auszug aus den Beratungen des Ortsbeirates Richteberg:

„Es wurde begrüßt, dass es 2 Pilotprojekte am Richtsberg geben soll. Es wurde angeregt, dass die bisherigen Erfahrungen und Pro und Contra der bereits modernisierten und wärmeisolierten Häuser am Richtsberg mit den Wohnungsbaugesellschaften erörtert werden sollten. Denn es gibt neben Energieeinsparungen doch einige Nebenwirkungen, (z.B. Schimmelbildung, krebserregende bzw. gesundheitsschädigende Stoffe in einigen Wärmedämmmaterialien) die man genauer betrachten sollte.

Der Antrag wurde einstimmig befürwortet.“

Fragen zu dem Beschluss des Ortsbeirates erläutert die Ortsvorsteherin Lotz-Halilovic.

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann führt an, die vom Ortsbeirat angesprochenen möglichen Probleme (z.B. Schimmel, …) werden in dem Antrag nicht berücksichtigt.

Oberbürgermeister Vaupel erwidert hierzu, dass nach einer energetischen Sanierung den Mieterinnen und Mietern tatsächlich Handlungsempfehlungen für das richtige Lüften zu geben seien. Für die Nutzerinnen und Nutzer der Wohnungen sei eine grundsätzliche energetische Sanierung wesentlich, um dauerhaft den Energieeinsatz und die Höhe der Nebenkosten zu verringern.

Es wird diskutiert, die Beschränkung auf den Stadtteil Richtsberg aufzuheben und das Programm auf das ganze Stadtgebiet auszuweiten. Begonnen solle aber am Richtsberg. Nach längerer Diskussion werden der Antragstext und die Begründung wie folgt geändert:

„Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion betr. Projekt "Sozialer Klimaschutz"

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern, den Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften zu erreichen, dass durch Modernisierungsmaßnahmen der Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser um bis zu 80% gesenkt wird. Gleichzeitig muss erreicht werden, dass die Wohnkosten aus Miete, Nebenkosten und Energiekosten durch die energetische Modernisierung der Wohnhäuser nicht steigen.

Bis Ende 2012 sollen die ersten zwei Projekte am Richtsberg geplant, umgesetzt und baldmöglichst evaluiert werden.

Begründung:

Die Stadt Marburg soll das Projekt „Sozialer Klimaschutz“ unterstützen und pilotmäßig am Richtsberg damit beginnen.

Der Richtsberg mit 3.500 Wohnungen und fast 8.000 Menschen ist Marburgs größter Stadtteil. Hier leben viele Familien und Alleinerziehende, aber auch ältere Mieterinnen und Mieter, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, und Mieter mit niedrigem Arbeitseinkommen. Eigentümer der meisten Mietshäuser sind Wohnungsbaugesellschaften wie die städtische GeWoBau. Der Stadtteil soll für die Zukunft gerüstet werden, zum Nutzen des Klimas und der Bewohner. In den kommenden 15 Jahren soll durch Modernisierungsmaßnahmen der Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser um bis zu 80% gesenkt werden. Im Stadtteil selbst stockt die Gebäudemodernisierung. Solare Warmwasserversorgung kommt in den Beständen der Baugesellschaften ebenso wenig zum Einsatz wie Kraft-Wärme-Kopplung. Der Energieverbrauch für Wärme und Warmwasser liegt am Richtsberg bei durchschnittlich 140 bis 150 kWh/qm und am Unteren Richtsberg zwischen 110 und 120 kWh/qm. Ziel muss es sein, diesen Verbrauch auf 30 bis 40 kWh/qm zu senken. Dies soll erreicht werden durch eine massive Dämmung der Fassaden, Kellerdecken und Dachböden, durch die Dreifachverglasung der Fenster und Balkontüren, durch den Einsatz von Blockheizkraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung) und von Solarthermie für Warmwasser. „Null-Heizkosten-Häuser“ sollen Standard werden, also das vollständige Abkoppeln von künftigen Energiepreiserhöhungen. Zusätzlich könnten Gewinne, die sich aus dem Einsatz von Blockheizkraftwerken und Photovoltaikanlagen ergeben, die energetische Sanierung gegen finanzieren. Dadurch soll sichergestellt werden, dass der energetische Anteil an der Modernisierung warmmietneutral erfolgt. Mit Blick auf den hohen Anteil arbeitsuchender Haushalte am Richtsberg ist hervorzuheben, dass es das Ziel des Landkreises Marburg-Biedenkopf ist – dem Landkreis obliegt in diesem Bereich die Zuständigkeit - die Obergrenzen der Kosten der Unterkunft nach dem Energiebedarf der Wohngebäude zu staffeln. Der Landkreis will Mechanismen entwickeln,

damit Wohnungsmodernisierungen, die mit Energieeinsparungen verbunden sind, belohnt werden."

Dieser Fassung des Antrages treten die SPD und die Marburger Linke bei.

Oberbürgermeister Vaupel regt an, dass die GeWoBau in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses über die bisherigen Investitionen und umgesetzte Maßnahmen berichten solle. Dies wird allgemein begrüßt.

Der geänderte Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 7 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Entwicklung des Windkraftstandortes Marburg-Wehrda Vorlage: VO/0618/2011

Der Stadtverordnete Dr. Musket begründet den vorliegenden Antrag.

In der Diskussion wird auf die Ausführungen von Bürgermeister Dr. Kahle aus der Septembersitzung sowie den Bericht in der aktuellen Ausgabe der OP verwiesen. Am 17.11.2011 soll das Online Portal www.erneuerbarkomm.de für den Landkreis Marburg Biedenkopf freigeschaltet werden. Mit dem Programm sollen regionale Daten über Windkraftpotenziale für die Verwaltung sowie Privatpersonen abrufbar sein.

Nach Diskussion wird der Antrag wie folgt ergänzt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, eine Einschätzung für die weitere Entwicklung des Windkraftstandorts Wehrda unter Einbeziehung der noch offenen Bewertung vom RP abzugeben. Dabei sollen folgende Fragen vorrangig geprüft werden:

- Kann durch ein Repowering der Windkraftstandort Wehrda optimiert werden?
- Können weitere Windkrafträder der neuen Generation - deren Rotordurchmesser oberhalb der jetzt installierten Windkrafträder liegt - zu einer zusätzlichen Nutzung der vorhandenen Windenergie beitragen?"

Der geänderte Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Marburger Linke, MBL) bei 1 Nein-Stimme (CDU) und einer Enthaltung (CDU) zur Annahme empfohlen.

TOP 8 Verschiedenes

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel erkundigt sich nach dem Stand der Erneuerung des Radweges Pilgrimstein – er habe den Eindruck, die bisher getrennten Markierungen würden bei der Neugestaltung wegfallen. Dies sei nicht sinnvoll und werde zu Problemen führen.

Oberbürgermeister Vaupel führt hierzu aus, dass der Weg tatsächlich als kombinierte Rad- und Fußweg gebaut werde. Eine farbliche Trennung werde es nicht geben. Dies sei nicht ideal – an dieser Stelle nicht anders realisierbar. Er

rechne mit einer grundsätzlichen Änderung und Umgestaltung der verkehrlichen Situation im Zuge der Campusplanung.

Hierzu ergänzt der Stadtverordnete Wüst, dass es hilfreich sei, den „Zebrastreifen“ am Pilgrimstein in Höhe des Parkhauses auch auf dem Radweg fortzuführen.

Marburg, 19.10.2011

Jochen Friedrich
Schriftführer